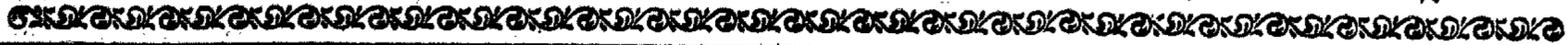


Verbands-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder



Nr. 19

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementpreis 3 Mk. pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Klaus-Broth-Str. 1. Fernspr.: Nordsee 8246.

Hamburg, den 8. Mai 1920

Anzeigen kosten die sechsgepaarte Non-
pareillezeile oder deren Raum 1,50 Mk.
(Der Betrag ist stets vorher einzufinden.)
Verbandsanzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

34. Jahrg.

Kollegen! Wirkt allerwärts freudig am weiteren Auf- und Ausbau unseres Verbandes! Wir brauchen eine festgegliederte, starke Organisation, die in allen Lagen für das Wohl unserer Mitglieder eintritt. ♦ ♦

Neue Lohnverhandlungen für das Malergewerbe.

Am 30. April verhandelten die Vertreter der Organisationen unseres Gewerbes, wie wir bereits angekündigt haben, im Reichsarbeitsministerium über die Neugestaltung unserer Lohnverhältnisse. Die Verhandlungen gestalteten sich außerordentlich schwierig, insbesondere, weil die Arbeitgeber zunächst daran festhielten, daß vor dem Ablauf des am 9. Februar bis zum 31. Mai festgesetzten Lohnabkommens keine neue Lohnverhöhung in Kraft treten dürfe, während die Gehilfenvertretung es für ganz ausgeschlossen erachtete, daß angesichts der herrschenden Verhältnisse ohne eine sofort, oder doch in den allerersten Tagen in Kraft tretende Zulage auszukommen wäre.

Nach vielstündigen Verhandlungen wurden schließlich teils durch Einigung der beiderseitigen Bezirksvertreter, zum größten Teil aber durch Vorschläge des Vorsitzenden, Regierungsrat Häbler, für 284 Lohngebiete neue Tarifföhne festgesetzt, über deren Höhe den einzelnen Orten inzwischen Mitteilung zugegangen ist. Des weiteren wurde folgendes vereinbart:

Das Lohnabkommen tritt spätestens am 15. Mai 1920 in Kraft. In Lohngebieten, wo ein früherer Termin bereits vereinbart ist, bleibt es bei dieser Vereinbarung. Im übrigen können die örtlichen Verbände sich über einen früheren Termin verständigen.

Das Lohnabkommen gilt bis zum 25. Juni 1920. Dienstag, den 8. Juni, werden die Vertreter der beiderseitigen Verbände beim Reichsarbeitsministerium zu einer Nachprüfung und Neu Festsetzung der Löhne zusammentreten.

Da Vertreter aus Schlesien zu den Verhandlungen nicht erschienen waren, um damit zu bekräftigen, daß sie sich an weiteren zentralen Verhandlungen nicht mehr beteiligen wollen, muß für dieses Gebiet besonders verhandelt werden. — Für Sachsen sind solche Verhandlungen auf den 4. Mai festgesetzt, während für Rheinland und Westfalen, wie in der vorhergehenden Nummer des „Verbands-Anzeiger“ schon berichtet, bereits am 20. April verhandelt worden ist. Wir werden auf die Verhandlungen noch eingehender zurückkommen.

Warum muß jeder Kollege Mitglied unseres Verbandes sein?

Zimmer wieder muß an die Kollegenschaft der Auf gerichtet werden, mit allen Kräften für die Stärkung unserer Reihen, für den Ausbau unserer Organisation zu wirken. Diesem Rufe folgen auch allerorts noch bisher dem Verbands fernstehende Kollegen. Diese neugewonnenen Mitglieder müssen aber unbedingt über den Zweck und die Bedeutung der Organisation aufgeklärt und zu brauchbaren, in jeder Situation zuverlässigen Mitgliedern erzogen werden. Keine Filiale darf sich dieser grundlegenden Aufgabe entziehen, fortgesetzt muß in den Versammlungen nach dieser Richtung hingearbeitet werden. Der einzelne Unternehmer ist in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft gegenüber dem einzelnen Arbeiter der wirtschaftlich Stärkere. Beider Interessen sind entgegengesetzt. Der Arbeitgeber will möglichst niedrige Löhne zahlen, um seine Profitrate zu steigern, er will für billigen Lohn möglichst viel Arbeitskraft; der Arbeiter dagegen will seine Arbeitskraft möglichst teuer verkaufen, wozu ihn einerseits sein ärgliches Los, zum andern die stetig steigende Tendenz der Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel veranlassen.

Der Arbeitgeber hat dem Arbeiter gegenüber das wirtschaftliche Übergewicht, der Arbeiter leidet Not, er hungert, falls er keine Arbeit hat. Diese wirtschaftliche Abhängigkeit empfindet der Arbeiter, er fühlt sich schwach und willenlos, ist gegenüber den Unternehmerforderungen zur Nachgiebigkeit bereit, wird genugsam, empfindet schließlich gar nicht mehr den Grad seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit und die Folge ist die Verelendung des Arbeiters und seiner Klasse.

Dieser traurige Zustand tritt dann ein, wenn der Arbeiter seinen Wert nicht erkannt hat, wenn er sich einzeln und machtlos fühlt. Nicht nur ihn selbst trifft dann die unabwendbare Verelendung, sondern auch seine Mitkollegen und seine Familienangehörigen. Nur ein Mittel gibt es, dieses Verhängnis abzuwenden: daß die Arbeiter ihre Klassenlage erkennen, daß sie sich gegen die schrankenlose Ausnützung ihrer Arbeitskraft zur Wehr setzen. Dies können sie aber nicht als Einzelne. Sie müssen alle ihre geringen Einzelkräfte vereinigen zur **Gemeinschaft**, um dadurch in ihrer Gesamtheit der Macht des Unternehmertums eine gleichwertige Macht entgegenstellen zu können. Jeder Arbeiter, der diese Bedeutung des gewerkschaftlichen Zusammenwirkens erfasst hat und betätigt, gewinnt dadurch an Selbstvertrauen und Mut; er fühlt sich nicht mehr vereinzelt und hilflos, er weiß, daß die Masse seiner Berufskollegen hinter ihm steht und fühlt sich deshalb kräftig und widerstandsfähig. Er tritt nicht mehr als einzelner, sondern als **Gemeinschaft** dem Arbeitgeber gegenüber. Diese Verbindung macht natürlich auch den Arbeitgeber widerstandsfähig, führt ihn aber auch zur Vorsicht gegenüber den Anforderungen, die er an die Arbeitskraft des Arbeiters stellt, denn er merkt, daß er es bei Differenzen nicht mehr mit dem einzelnen, sondern mit allen Beschäftigten in seinem Betriebe zu tun hat. Er wird vorsichtiger beim Lohndruck, er wird geneigter, wegen Lohnerhöhungen mit sich reden zu lassen. Er weiß, bei jeder eintretenden Differenz steht hinter dem einzelnen die Masse, die Verbindung mit ihren **Machtmitteln**. Aus diesem Verhältnis ergibt sich die Wirksamkeit der Gewerkschaft. Sie tritt für Abwehr jeder Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ein und sucht, der Arbeiterschaft bessere Löhne und günstigere Arbeitsbedingungen zu bringen.

Der Verband wird so zum unentbehrlichen Kampfmittel gegen die wirtschaftliche Uebermacht des Arbeitgebers. Der Arbeiter erkennt seine Kraft in der Gesamtheit und der Arbeitgeber fühlt, daß er, um seinen Betrieb vor größeren Schädigungen zu bewahren, auf Verhandlungen und Vereinbarungen mit der Gewerkschaft angewiesen ist. Der einzelne Arbeiter verhandelt nicht mehr mit ihm, sondern die **Gewerkschaft** vollführt diese Aufgabe für alle. Die gewerkschaftliche Organisation vertritt die Arbeiterinteressen mit Sachkunde und allem Nachdruck und ist stets bereit, den Verhältnissen entsprechend ihre Machtmittel zugunsten der Arbeiterforderungen einzusetzen.

Um seinen Verband nachdruckvoll und kräftig zu erhalten, fällt dem Mitglied die Pflicht zu, ihm wöchentlich den festgesetzten Beitrag zuzuführen. Außerdem liegt ihm die Pflicht ob, alles zu tun, was seine Organisation stärken, alles zu unterlassen, was sie schwächen und schädigen könnte. Das Mitglied ist also verpflichtet, für die stete Festigkeit, Ausbreitung, Einheit und Einigkeit seiner Gewerkschaft zu sorgen, es muß für sie agitieren, ihre Versammlungen besuchen und alle ihre Unternehmungen durch persönliche Teilnahme unterstützen.

Aus diesen verhältnismäßig geringen Opfern ergeben sich für die Arbeiter große Vorteile: sie sind in den Stand gesetzt, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern; sie schaffen sich höhere

Löhne, verkürzen ihre tägliche Arbeitszeit und verhindern dadurch die vorzeitige Abnutzung ihrer Arbeitskraft; als ferner nicht zu unterschätzender Vorteil kommt in Betracht, daß ihre persönliche Zurecht, ihr Mut verstärkt wird, daß sie ein Mitbestimmungsrecht bei der tariflichen Festlegung über die Verwendung und Bezahlung ihrer Arbeitskraft erhalten. Und nicht nur das. Die Gewerkschaft fungiert auch als Hebel zur geistigen Weiterbildung ihrer Mitglieder, sie hebt sie aus der Misere der grauen Alltäglichkeit, gibt ihnen durch die größere Schonung ihrer Arbeitskräfte Muße zur Erweiterung ihres Wissens, macht sie zu denkenden und geistig vorwärtstreibenden Menschen.

Natürlich sucht die Gewerkschaft alles, was diesem Aufstieg hindernd in den Weg treten will, zu bekämpfen, während sie andererseits alles, was geeignet erscheint, diesen Fortschritt und Aufstieg zu fördern und zu begünstigen, zu ihren eigenen und besonderen Kampfmitteln erhebt. Deshalb sind ihre Aufgaben mit der oben bezeichneten Tätigkeit bei weitem noch nicht erschöpft. Jeder Geist wird selbstbewusster, freier und elastischer, je mehr er den Kämpfernissen des täglichen Lebens entzückt und je mehr ihm zur Ueberwindung wirtschaftlicher Schwierigkeiten geholfen wird. Dies haben die Gewerkschaften längst erkannt und deshalb zahlen sie, um ihre Mitglieder nicht nur wirtschaftlich widerstandsfähiger, sondern auch geistig aufnahmefähiger und fortbildungsfähiger zu machen, in vielen Notlagen des wechselvollen Lebens Unterstützungen. So gewähren sie neben der Streikunterstützung Reiseunterstützung, Arbeitslosenunterstützung, Zuschüsse in Krankheitsfällen und sonstige Unterstützungen in Notsfällen. Sie sind bemüht, dieses Unterstützungssystem immer mehr auszubauen, einmal aus den vielfachen schon angeführten Gründen, ferner aber auch, daß die Arbeiter ihre Gewerkschaft lieb gewinnen, das Vertrauen zu ihr mehr und mehr festigen und sich immer unablöslicher mit ihr verbinden.

Was die Gewerkschaften durch ihre Tätigkeit für die Arbeiterschaft schon erreicht haben, ist statistisch erfasst worden und hat dauernden Wert nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für alle Zukunft. Viele Millionen Mark an Lohnerhöhungen haben sie den Arbeitern erworben, ihre übermäßig lange Arbeitszeit erheblich verkürzt, ihre soziale Stellung in jeder Hinsicht gehoben und verbessert, darin liegt die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaft: Sie verbessert neben dem Körper auch den Geist der Arbeiterschaft.

Damit hätten wir in kurzen Worten Zweck und Bedeutung der Gewerkschaft erörtert. Wir haben es schon öfters getan, wir sagen mit vorstehenden Darlegungen nichts neues. Aber es muß immer wieder geschehen. Warum? Liegt der Vorteil und der Segen der Gewerkschaften für jeden Arbeiter nicht ohnedies klar zutage? Es mußte der Fall sein, ist es aber nicht. Wir stehen vor dem etwas rätselhaften Dilemma: Obwohl den Arbeitern schon so vielfach der Wert, Zweck und Sinn, die unbedingte Notwendigkeit der Gewerkschaft erklärt worden ist, stehen sie trotzdem noch in großer Anzahl der Gewerkschaft teilnahmslos gegenüber. Der Weltkrieg hat uns die bittere Erfahrung machen lassen, daß trotz aller wiederholten Darlegungen viele organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen den Wert der Gewerkschaft noch nicht voll erfasst hatten. Sie gingen der Bewegung verloren. Und außer ihnen stehen heute immer noch auch viele andere den Gewerkschaften fern. Mag daran angeborene Gleichgültigkeit, Unwissenheit, Leichtsin, Feigheit, falsch betätigter Egoismus oder sonst etwas die Schuld tragen: Die Tatsache ist vorhanden und läßt sich nicht bestreiten. Und weil wir seit Monaten auf diesem Gebiete eine Wendung

zum Bessern wahrnehmen, weil wir mit Genugtuung feststellen können, daß das Licht der höheren Erkenntnis wieder die Proletariatskörper zu erfüllen beginnt und die Gewerkschaften sich größeren Zuspruches erfreuen, deshalb dieser ständige Appell an alle denkwürdigen Arbeiter zur Unterstützung einer Bewegung, ohne die die Arbeiter nichts und mit der sie nichts sind. Um die alten Gewerkschaftsmitglieder in ihrer richtigen Erkenntnis zu stärken, um bei den Neugewonnenen Verständnis und dauerndes Interesse zu wecken, um den noch zu Gewinnenden erneut zu zeigen, was ihnen nützt, deshalb immer wieder unsere Mahnung.

Die Gewerkschaft gewährt dem Arbeiter vieles. Sie hat ihm zahlreiche Vorteile verschafft und ihn emporgehoben aus dem Nichts in die lebendige Wirklichkeit irdischen Lebens und Schaffens zum Vorteil seiner selbst und seiner Klasse. Folglich ist dankbare Gegenleistung Pflicht jedes Arbeiters. Er zahlt seinen Beitrag mit Freuden, denn die beste Wirtin — so sagte ein amerikanischer Gewerkschaftsführer — ist das Mitgliedsbuch zur Gewerkschaft, es trägt jedem das Vielfache dessen ein, was er der Gewerkschaft gibt. Mit dem Beitragszahlen allein aber ist's nicht getan. Jeder muß auch in der Gewerkschaft aktiv wirken, er muß für sie agitieren, die Versammlungen besuchen und bei allen Beschlüssen persönlich mitwirken. Sage keiner, daß es dabei auf den einen oder andern nicht ankommt. Es kommt auf alle an. Die Voraussetzung des gewerkschaftlichen Erfolges ist die rege Beteiligung jedes Einzelnen für alle, genau wie alle auch für den Einzelnen einzustehen haben. Opfermut, Ueberzeugungstreue und kameradschaftliche Solidarität sind die drei Ecksteine des Gewerkschaftsgebäudes. Wer sie betätigt, stützt die Gewerkschaft und damit sich selber. Und wenn es alle tun: Welche Macht der Welt wäre fähig, die Gewerkschaftsmacht zu hemmen oder gar zu stürzen!

Die Volksfürsorge im Zeitpiegel.

Einer der jüngeren Zweige an dem starken Baume der nach Zentralisierung strebenden deutschen Arbeiterbewegung ist die im Jahre 1913 ins Leben getretene gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksversicherung, die Volksfürsorge, gegründet von den deutschen Gewerkschaften und Genossenschaften zu dem Zwecke, die Arbeitermassen von den Privatversicherungsanstalten mit ihren hohen Direktorengehältern, Tantiemen für Vorstände und Aufsichtsräte und Dividenden für die Aktionäre fernzuhalten, das Volksversicherungswesen zu reformieren und ein sozialisiertes Unternehmern zu schaffen nach dem Grundsatz: Versicherung durch das Volk für das Volk. Die Entwicklung war in vollem Zuge als der Weltkrieg hereinbrach, der eine schwere Belastungsprobe für das junge Unternehmen bedeutete. Durch Einführung der Kriegserweiterung paßte es sich den Zeitverhältnissen an und wirkte mit seinen niedrigen Prämienhöhen in wohlthätigster Weise.

Millionen von Arbeitern und Volksgenossen haben oder bis heute leider noch nicht erkannt, daß ihr eigenes Unternehmen weit fürsorglicher für sie arbeiten kann als die privatkapitalistische Kapitalgesellschaft, mit dem die Volksfürsorge von den Gewerkschaften und Genossenschaften gegründet ist, kennt sie keine Tantiemen an Vorstand und Aufsichtsrat und keine Dividenden an Aktionäre, die beispielsweise bei der „Victoria“ von 1904 bis 1911 über 14 1/2 Millionen Mark und bei der „Friedrich-Wilhelm“ in den 4 Jahren von 1908 bis 1911 3 052 831 M betragen haben und heute noch sehr hoch im Kurse stehen. Mehr oder minder folgen ihnen die übrigen Gesellschaften und versuchen ihre „Volksversicherungen“ zu einem einträglichen Geschäft zu gestalten, während die Volksfürsorge ihre Gewinne ausnahmslos den Versicherten zukommen läßt. Heute, wo das Wort Sozialversicherung in aller Munde ist, sollte man es kaum noch für möglich halten, daß Millionen Volksgenossen, die sich stolz als Sozialisten betrachten und der Regierung bittere Vorwürfe machen, daß sie so zögernd mit der Sozialisierung vorgeht, hinsichtlich der Versicherung die stammlosen Unterstützer des Privatkapitalismus sind und achlos an der Volksfürsorge, dem einzigen sozialisierten Versicherungsunternehmen in Deutschland, vorübergehen. Oder wie vielfach zu verzeichnen ist, daß sozialistische Gewerkschaftler oder Genossenschaftler im Nebenamt Akquisiteure der Privatgesellschaften sind. Anders lassen sich die Zahlen nicht erklären, die der Stand der deutschen Lebensversicherung Ende 1918 ergibt, wofür soeben die Vergleichszahlen vorliegen. Danach hatten die 27 Aktiengesellschaften 1917 einen Policenbestand von 9 972 340, 1918 von 10 426 411, ohne die 2 672 079 Policen der 20 Gegenseitigkeitsgesellschaften, wovon auf die Volksfürsorge 202 088 entfielen. An der Zunahme von 608 941 Policen war die Volksfürsorge mit 65 007 beteiligt. Günstiger gestaltete sich für sie das Geschäft unter den 21 die Volksversicherung betreibenden Gesellschaften, die 1818 9 421 502 Policen besaßen.

Unzweifelhaft günstiger wird das Jahr 1919 für die Volksfürsorge sein mit seinen rund 1 60 000 Anträgen, woran beteiligt sind:

- Barmen-Gebirgsfeld mit 16 774 Anträgen, Magdeburg 11 718, Erfen-Elberfeld 6696, Berlin 6629, Radeburg 6226, Chemnitz 5276, Breslau 4511, Hannover 4272, Kiel 3938, Dortmund 3518, Frankfurt a. M. 3467, Leipzig 3309, Wiesbaden 3097, Köln 2233, Nürnberg 2163, Dresden 2044, Bochum 1922, Solingen 1800, Cassel 1707, Westinghausen 1656, Düsseldorf 1603, Dessau 1593, München 1482, Bremen 1400, Ludwigshafen 1258, Harburg a. d. Elbe 1219, Königsberg i. Pr. 1183, Halle 1011, Rastatt 976 uvm.

Auch die Erhöhung der Versicherungssumme pro Kopf von 239 M im Jahre 1913 auf 596 M im Jahre 1919 ist

zwar erfreulich, entspricht aber noch durchaus nicht der Geldentwertung. Und doch besteht heute die Möglichkeit, sich bei der Volksfürsorge mit 8000 M beziehungsweise 5000 M zu versichern. Das wird allerdings erst im laufenden Jahre in Erscheinung treten.

Bezeichnend ist es, daß in dem kleinen Orte Gollbauter jede achte, im großen Berlin aber erst jede 128. Person in der Volksfürsorge versichert ist. Wenn auch manche andere Großstadt verhältnismäßig besser dasteht, so bleibt doch noch ein überreichliches Betätigungsfeld für die vorwärtstrebende Arbeiterenschaft übrig, namentlich, wenn man die 472 143 Gesamterversicherungsanträge der Volksfürsorge zu den 18 1/2 Millionen sozialdemokratischer Stimmen, den über 7 1/2 Millionen freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern in Vergleich stellt, und bedenkt, daß der vierte Teil des deutschen Volkes konsumgenossenschaftlich organisiert ist. Das Uebermaß der Gleichgültigkeit dem Versicherungswesen gegenüber steht doch in zu trassendem Mißverhältnis. Zugerechnet, daß die Millionen neu zu uns gestoßenen Klassen noch wenig Kenntnis des Versicherungswesens besitzen und sich daher leicht von dem Heer der Versicherungsagenten beschwachen lassen, so ergibt sich, daß unsere Freunde in Stadt und Land noch bedeutend mehr im aufklärerischen Sinne wirken müssen.

Bei den 21 die Volksversicherung betreibenden Gesellschaften erloschen im Jahre 1918 allein 158 484 Policen ohne Vergütung mit einer Versicherungssumme von 48 281 680 M, für die aus irgend einem Umstand die Prämien nicht mehr gezahlt wurden. Die eingezahlten Prämiengehälter sollen den Gesellschaften als Gewinn zu, woran die Volksfürsorge aber nicht beteiligt war, da sie keinen Prämienverfall kennt. Kann ein Versicherter nicht mehr zahlen, dann wandelt sich die Versicherungspolice in eine Sparg- oder prämiensfreie Police um, und niemand wird geschädigt. Schon diese eine Tatsache sichert den Arbeitern Gewinn. Ueber die weiteren günstigen Bedingungen kann sich jeder Mann leicht in den Konsumvereinen, den Gewerkschaften oder deren Bureaus und bei den Rechnungswesen der Volksfürsorge unterrichten. Wo das nicht möglich ist, wende man sich direkt an die Hauptgeschäftsstelle der Volksfürsorge, Hamburg 6, Gewerkschaftler und Genossen! Wenn das Wohl seiner Familie am Herzen liegt und wer sie im Falle seines Ablebens nicht in der größten Not zurücklassen will, unternehme sofort Schritte zu seiner und seiner Familienmitglieder Versicherung bei der Volksfürsorge. An das Verständnis der Frauen appellieren wir besonders, da sie die am meisten Leidtragenden sind, wenn der Ernährer der Familie plötzlich nicht mehr ist und sie dann in der größten Not zurücklassen muß. Neben der Gesundheit gehört Wohlergehen und das Gefühl einer, wenn auch nur in etwas gesicherten Zukunft zum Familienglück. Nicht der zeigt sich am stärksten, der am lautesten nach Sozialismus schreit, sondern der praktisch alle Gegenwartsmöglichkeiten benützt und sich für alle kommenden Fälle sichert. Dazu bietet ihm die Volksfürsorge alle denkbaren Handhaben, wenn er sich nur zu unterrichten bestrebt. Das hat aber eines zur Voraussetzung: Er muß den Willen aufbringen, sich nicht in die Klauen der privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften zu begeben, sondern, auf die eigene Kraft bauend, sich der von den Gewerkschaften und Genossenschaften gegründeten, sozialisierten Volksfürsorge zuzuwenden und für deren Ausbreitung zu sorgen. Wer kein Vertrauen zu sich selbst und den Einrichtungen seiner Klasse hat, wird nie ein mutiger Kämpfer in deren Befreiungskämpfen sein und immer in den Vorurteilen gegen die kommende Gesellschaft und der Zukunft der Arbeiterschaft befangen bleiben. Damit wird er zum Hemmschuh, der sich selbst am meisten schadet. Werft daher auch in dieser Frage die Gleichgültigkeit von Euch und befreit Euch hier, wo Ihr es so leicht könnt, aus den Fangan des Privatkapitalismus.

Aus unserm Beruf.

Dessau. Ueber die gegenwärtige Lage unseres Berufes sprach am 23. April unser Bezirksleiter, der Kollege Vogt, Leipzig. Er zeichnete die gegenwärtige Lage in kurzen und klaren Strichen. So mancher Kollege wird von der tatsächlichen Lage unseres Berufes ein anderes Bild bekommen haben, als er es sich bisher ausgemalt hatte. Mit Recht sagte daher der Referent, daß viele Kollegen infolge ihrer falschen Auffassung über die gegenwärtige Lage sich leicht verleiten lassen, der Hauptverwaltung und auch den örtlichen Verwaltungen die Schuld für nicht befriedigte Wünsche zuzuschreiben. Schuld ist die ganze wirtschaftliche Lage überhaupt, und nicht zuletzt die Kollegen selbst. Die bisher an den Tag gelegte Interesslosigkeit der Kollegen in bezug auf den Versammlungsbesuch muß verschwinden. Sie muß verschwinden, weil die gegenwärtige Lage die Kollegen zwingt, sich mehr als bisher um den Verband zu kümmern. Nur die Zusammengehörigkeit im Verband ist imstande, bessere Lebensbedingungen herbeizuführen. Daß der gegenwärtig gezahlte Lohn ein völlig unzureichender ist, beweist der Umstand, daß viele Kollegen in den kleineren Orten, die doch immerhin wirtschaftlich besser dastehen als die Kollegen in den Großstädten, ihre Guthaben bei den Sparcassen abheben müssen, um über die gegenwärtige Lage hinwegzukommen. Der Referent zeigte an Beispielen, daß die Maler oder Anstreicher in den Fabrikbetrieben sich mehr als bisher um ihre Berufsorganisation kümmern müssen. Dieser Umstand unseres Reichstarisifs geht bis in die kleinsten Betriebe hinein. Die Zuständigkeit unserer Organisation in den Fabrikbetrieben muß von allen Ortsverwaltungen angefordert werden, zumal ein hoher Prozentsatz unserer Mitglieder in Fabriken arbeitet. Ein Antrag aus der Mitte der Versammlung, eine sofortige Feuerzusage zu fordern, wurde mit 73 Stimmen angenommen. Nach einer lebhaften Aussprache über die nächsten Aufgaben unserer Organisation mußte der Referent in seinem Schlußwort zugestehen, daß die Dessauer Kollegen ihre Aufgaben sehr ernst nehmen und er die Ueberzeugung hat, daß die Ortsverwaltung mit Hilfe solcher Mitglieder, die da wissen, was sie wollen, auch etwas erreichen werde.

Hamburg. Am 25. April tagte im Gewerkschaftshaus eine übermäßig stark besuchte Mitgliederversammlung, die mit Spannung den Bericht der örtlichen Verhandlungskommission entgegennahm. Die vorige Versammlung hatte dieser den Auftrag gegeben, mit den Arbeitgebern um einen Lohn von 6,50 M, zu zahlen vom 26. April an, in Verhandlungen zu treten. Dann erstattete den Bericht. Nachdem vorher einige formale Bedenken der Arbeitgeber bezüglich der Rechtmäßigkeit des geltenden Tarifabkommens — die von uns anerkannt wurde — gerechtfertigt waren, konnte in die eigentlichen Verhandlungen eingetreten werden. Unseren Vorschlag erklärten die Arbeitgeber für unannehmbar, gaben jedoch die Notwendigkeit einer kleineren Lohnerhöhung zu. Nach mehrfacher Sonderberatung kehrte Parteien kam folgende Vereinbarung zustande: Der Landesausschuß (des Arbeitgeberverbandes) beantragt, die Mitgliederversammlung solle beschließen, der Tariflohn für das Maler- und Lackierergewerbe von Groß-Hamburg wird vom 1. Mai 1920 an, gelten bis zum dem Tage, an dem das in Berlin zu beschließende Reichslohnabkommen in Kraft tritt, um 1,80 M pro Stunde erhöht. Hiernach beträgt der Lohn für Malergehilfen über 20 Jahre 6 M, unter 20 Jahren 5,90 M; für Lackierer über 20 Jahre 5,55 M, unter 20 Jahren 5,75 M. Nach eingehender Aussprache bekundete die Versammlung ihre Stellungnahme in folgender Entschließung: „Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Bericht der örtlichen Verhandlungskommission und erklärt, daß sie von dem Ergebnis nicht befriedigt ist. In Rücksicht darauf jedoch, daß noch in dieser Woche zentrale Verhandlungen beginnen, beschließt die Versammlung, das Angebot der Arbeitgeber anzunehmen. Die Versammlung hält jedoch ihre Forderung von 6,50 M für die zentralen Verhandlungen ausdrücklich aufrecht und erwartet von der zentralen Verhandlungskommission eine energische Vertretung. Sollte wider Erwarten die Volksversammlung der Arbeitgeber am 30. April dem Verhandlungsergebnis nicht zustimmen, so ist der Vorstand beauftragt, unverzüglich eine Versammlung anzusetzen erneuter Stellungnahme einuberufen.“ Eine weitere Entschließung wurde hinsichtlich der Entlohnung der Arbeitsleute gefaßt, in der die Versammlung ihre Mißbilligung ausdrückte darüber, daß die Arbeitgeber sich weigern, den am 15. Februar abgelaufenen Tarifvertrag für die Arbeitsleute zu erneuern. Die Malergehilfen sprechen diesen ihre vollste Solidarität aus, und sagen zu, auf eine auskömmliche Entlohnung auch dieser Kollegen hinzuwirken. Als Mindestlohn ist hier der Satz von 5,50 M anzusetzen.

München. Am hiesigen Orte konnten bis heute die im Reichstarif für örtliche Verhandlungen offengelassenen Punkte noch nicht endgültig geregelt werden. Vor dem Ortstarifamt begründeten wir unsere Forderungen; 40 Stundenwoche für das ganze Jahr, Mehraufwandsentschädigung — 7 M ohne und 15 M mit Uebernachten — weiterer Ausdehnung der Arbeiten mit wesentlichen Erschwerungen usw. Eine Einigung war im Plenum in keinem der Punkte zu erzielen, so daß über alle wesentlichen Punkte Schiedsprüche gefaßt wurden. In der am 8. April stattgefundenen Mitgliederversammlung wurden die die Mehraufwandsentschädigung (2,50 und 6 M), Arbeit und Arbeiten mit wesentlichen Erschwerungen betreffenden Schiedsprüche einstimmig abgelehnt. Nun wird die Sache einfach gewesen, wenn die strittigen Punkte ohne weiteres vor dem Haupttarifamt hätten zur Entscheidung gelangen können. Dies war aber nicht möglich. Kollege Dolp trat hierauf mit einem Schreiben gewisser Ernennung des im Reichstarifvertrage vorgesehenen Schiedsgerichtes an die Herren Arbeitgeber heran. Diese antworteten, daß die Herren längst verstrichen sei und sie (trotzdem sie ebenfalls Arbeitszeit und Mehraufwandsentschädigung ablehnten) keine Veranlassung hätten, dieser Frage näher zutreten. In einem abermaligen Schreiben wurde ihnen klargestellt, daß laut Tarifvertrag die Zustellung der Protokolle als Beginn der vorgesehenen Frist zu gelten habe und ihnen infolgedessen unser Schreiben rechtzeitig zuging. Eine Antwort sind die Herren bis heute schuldig geblieben. Bekanntlich sind die Arbeitgeber sehr darauf erpicht, möglichst viele Instanzen einzuführen, um den Verhandlungsgang hinauszuzögern. Hier haben wir nun die Tatsache, daß dieselben Arbeitgeber die Bildung einer Instanz verweigern, um das Selbste zu erreichen. Die Herren glauben fest an ihre ausschließliche Macht, daß der ungünstige Geschäftsstand. Sie glauben, die Arbeitnehmer dauernd ignorieren zu können. Darin werden sie sich aber täuschen. Wer noch irgendwie im Zweifel war, ob ein gemeinsames Arbeiten mit den Arbeitgebern im Interesse des Berufes möglich sei unter diesen Verhältnissen, wird erkannt haben, daß dies bei dem Verhalten der Arbeitgeber gegenüber dem an sich schon sehr gemäßigten Forderungen unsererseits eine Unmöglichkeit bedeutet. Seien wir uns klar dessen bewußt, daß nur eigene Stärke und Erfolge bringen kann. Dies in höchster Entfaltung zu erreichen, sei unsere vornehmste Aufgabe, und zwar durch innere Festigung des Verbandes und Ersaffung aller noch fernstehenden Kollegen. — In Wagenbaugewerbe wurde ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen. Nach eingehenden Vorverhandlungen, in denen eine Einigkeit nicht zu erzielen war, da die Arbeitgeber ohne Zusage einer Arbeitszeitverlängerung von 44 auf 48 Stunden pro Woche auf Verhandlungen über eine Lohnzulage nicht eingingen, fanden vor dem Schlichtungsausschuß die endgültigen Verhandlungen statt. Nach mehrstündigen Debatten war in allen Punkten des Verhandlungsobjektes der tote Punkt erreicht und die Fällung von Schiedsprüchen notwendig. Diese konnten vorerst nicht gefaßt werden, da ein Weisiger die Kompetenzfrage aufwarf, ob der Schlichtungsausschuß berechtigt sei, für eine ganze Gruppe eine Arbeitszeitverlängerung festzusetzen. Nach Klärung der Frage durch das zuständige Ministerium in bejahendem Sinne wurden nach nochmaligen Verhandlungen als Schiedsprüche festgelegt: Arbeitszeit 48 Stunden. Lohn im ersten Jahre nach der Lehre 3,45 M, im zweiten 3,65, im dritten 4 M, für die übrigen Arbeiter unter 21 Jahren 4 M, über 21 Jahren 4,40 M. Raster im Ausgliederer 4,80 M, rückwirkend ab 1. April; weiter ein

Erhöhung der Vergütung für Lehrlinge. Das Resultat wurde schließlich von der Versammlung mit Mehrheit angenommen.

Ladlerer.

Für das erste Vierteljahr 1920 kann die Sektion der Ladlerer Berlins über eine Reihe erfolgreicher Lohnbewegungen und Tarifabschlüsse berichten. Für die Karosserie- und Wagenbetriebe wurde nach dreimonatlichem Streit (durch Schiedspruch) vor dem Schlichtungsausschuß am 14. Februar 1920 folgendes Abkommen vereinbart: In der ersten Klasse 4,50 M., in der zweiten 4,20 M.; vom 15. März 1920 an in der ersten Klasse 5 M., in der zweiten 4,70 M. pro Stunde. Die Urlaubsbasis ist 15 % höher. In der Urlaubsfrage wurden nach einhalbjähriger Beschäftigungsdauer 4 Tage, nach einem Jahre 5 Tage und nach 2 Jahren 6 Tage Urlaub zugewilligt. Eine Abgeltung des Urlaubs in Geld darf nicht stattfinden. Dieses Abkommen wurde abgeschlossen bis zum 1. Mai 1920, mit einer vierzehntägigen Kündigungsfrist. Für die Möbelladlerereien wurde auf dem Verhandlungswege ohne Streit der Tariflohn von Oktober 1919 an auf 3,50 M., vom 15. Februar 1920 an auf 4,50 M. und vom 1. März 1920 an weiter um 50 % erhöht, somit beträgt der Stundenlohn dieser Betriebe 5 M. Mit der Vereinigten Ladlererinnung wurde ebenfalls auf friedlichem Wege eine Erhöhung des im Oktober 1919 abgeschlossenen Tarifvertrages vorgenommen. In der ersten Klasse 4,50 M., in der zweiten 4,20 M., vom 15. März 1920 an in der ersten Klasse 5 M., in der zweiten 4,60 M. Der Urlaub bleibt wie im Oktobertarif bestehen. Mit den Blechladerereien ist ein Abschließen von Tarifverträgen schwerer, zum Teil ist hier die Sprichladlererei vorherrschend. Viele Angelernte kommen für diese Betriebe in Frage, die leider nicht das genügende Rückgrat für die Organisation aufbringen. Einige Betriebe erkennen die Vereinbarungen an; die Löhne sind für Ladlerer und Spachtelschleifer wie bei der Innung geregelt. Sprichler, geübte, erhalten 4,60 M., ungeübte 3,50 M., Ladlererinnen 2,50 M. bis 2,75 M., Sprichlerinnen, geübte, 2,75 M. bis 3 M., ungeübte 2 M. bis 2,25 M., Hilfsarbeiterinnen 2 M. bis 2,25 M. Lohn pro Stunde. Die Urlaubsbasis ist 15 % höher. Aufgabe der Branche muß es sein, in Verbindung mit den Arbeitern dieser Betriebe auch für die Firmen, wo der Tariflohn nicht gezahlt wird, dies bei nächster Gelegenheit nachzuholen. Innerhalb der Eisenmehlbetriebe wurde nach langen Verhandlungen vor dem Demobilisierungskommissar eine Einigung erzielt; leider auf der Grundlage des Kollektivvertrages. Die vorgenommene Eingruppierung brachte nicht den gewünschten Erfolg, da die Klassifizierung die Kollegen in der Entlohnung herabsetzt.

Auch für die Goldschmiedbetriebe fanden Anfang Februar Verhandlungen statt; hier gelang es, unsere Berufscollegen um je eine Klasse im Tariflohn höher zu bringen. Gleichzeitig durch Erhöhung der Zuschläge von 40 % pro Stunde und außerdem eine Teuerungszulage von 40 % und 30 % pro Stunde wurden hier Vorteile für die Kollegen dieser Branche herausgeholt. Bei der Firma Beckstein (Planfabrik) stehen die gesamten Arbeiter seit circa 18 Wochen im Streit; von uns kommen 8 Kollegen in Frage. Es besteht Aussicht, diesen hartnäckigen Kampf in den nächsten Tagen durch Verhandlungen zum Abschluß zu bringen.

Für die Berliner Metallindustrie wurde der Schiedspruch vom 2. und 4. November 1919 am 15. März zum 30. April gekündigt. Wohl greifen von Zeit zu Zeit hier Teuerungszulagen Platz. Im Februar wurden 30 %, im März weitere 60 % gewährt und eine Kinderzulage von 12 M. und für die Frau 6 M. pro Woche. Diese Teuerungszulage erhöhte sich vom 11. April 1920 an wieder um 60 % pro Stunde. Die Zulagen für Kinder von 12 M. auf 18 M. und für die Frauen von 6 M. auf 9 M. pro Woche. Für die Arbeiter müssen dementsprechende Erhöhungen der Teuerungszulage Platz greifen. Bei der neu eingereichten Vorlage zur Abänderung der Teuerungszulage verlangt die Sektion der Ladlerer grundlegende Abänderung des Tarifabkommens mit nur 2 Klassen für Maler und Ladlerer.

Klasse 1. Wechselseitige Ladlerarbeiten im Wagen-, Karosserie- und Lokomotivbau, dazu Spachteln und Schleifen sowie gleichwertige Arbeiten, Ladlerer von Schreibmaschinen, Telefonapparate und dergleichen, chirurgische Instrumente, Eisen-, Kranken- und Operationsmöbel, optische Instrumente, landwirtschaftliche Maschinen, Blechladerereien.

Klasse 2. Sonstige Maler- und Ladlerarbeiten im Maschinen- und Apparatebau, Spachteln, Schleifen, Anstreichen und Spritzarbeiten, Haus- und Betriebsmaler. Gefordert wurden für die erste Klasse 6 M., für die zweite 5,50 M. Verhandlungen sind bis jetzt noch nicht in Aussicht; es wird schwer halten, den Metallindustriellen mit ihren harten Forderungen auf dieser Grundlage etwas abzurufen. Für die Karosseriebetriebe ist der Tarif gekündigt zum 30. April 1920. Gefordert wird hier ein Aufschlag von 1,50 M. auf die bestehenden Löhne, Bezahlung der Generalfreitage, Entziehung von Jahrgeld und Bezahlung der Feiertage. Der Vereinigten Ladlererinnung sind dieselben Forderungen unterbreitet worden, weil der Tarif hier ebenfalls am 30. April 1920 abläuft.

Den Möbelladlerereien sollen ebenfalls den Zeitverhältnissen entsprechende Lohnforderungen unterbreitet werden, da auch für diese Branche die vereinbarten Löhne nur bis Ende April vorgesehen sind. Aufgabe der Kollegen aller Branchen ist es in erster Linie, sich gegen an dem Agitations-, Organisations- und Versammlungsleben zu beteiligen. Ueberall setzt die Bewegung erneut ein und hat sich jeder Kollege der Organisation gegenüber zur Verfügung zu stellen. Die Reorganisation des Unterstufungswesens und die Frage der Beitragserhöhung nach der Vorlage des Vorstandes entspricht dem Wunsche der Ladlerer-Sektion. Der Beitrag beträgt für Berlin: Für männliche Mitglieder 3,50 M. und für weibliche Mitglieder 2 M. pro Woche. Die Sektionsleitung

Eingefandt.

Zur Verschmelzungsfrage.

Wenn diese Zeilen in die Hände der Kollegen kommen, dürfte der Verbandstag der Bauarbeiter vorbei sein und wir somit einen guten Schritt vorwärts gemacht haben in dem Bestreben, unsern Verband mit dem Bauarbeiterverband zu verschmelzen. Da ist es Zeit, daß sich auch die Kollegen zu der Sache äußern, nachdem bereits im „Vereins-Anzeiger“ vor einiger Zeit kurz dazu berichtet worden ist. Die erste Frage, die da gestellt werden muß, ist die: Sind die Voraussetzungen zu einem Zusammenschluß gegeben? Ich bezweifle stark, daß sie heute schon gegeben sind. Kollegen, wenn wir uns dem Bauarbeiterverband anschließen wollen, müssen wir doch in erster Linie verlangen, daß vor allem sämtliche Bauarbeiter, die heute noch vielfach in andern Verbänden organisiert sind, auch dem Bauarbeiterverband beitreten. Es müssen also alle Bautischler, Glaser usw. aus dem Holzarbeiterverband heraus und eine eigene Sektion bilden; das gleiche gilt von den Bauischlern, Installateuren, Elektrotechnikern, Plafonnern oder wie sie nach Landesbrauch genannt werden. Erst wenn das geschehen ist, kann von einem starken, festgefügteten Bauarbeiterverband gesprochen werden. Daß eine so starke Organisation ganz andere Vorteile bietet für ihre Mitglieder und weit mehr leisten kann als viele kleine Verbände, liegt auf der Hand. Ganz abgesehen von einer Vereinfachung und damit Verringerung der Verwaltung dürfte sich auch eine Verringerung der Zahl der Lohnkämpfe ergeben. Allerdings auch eine Verschärfung derselben, da sie sich auf weit breiterer Grundlage als bisher abspielen werden. Jeder organisierte Arbeiter hat wohl schon lange die Beobachtung gemacht, daß auch die Arbeitgeber eifrig bemüht sind, ihre Organisationen zu zentralisieren. Der Hauptzweck dieses Vorgehens ist doch offenbar nur der: Man sucht sich zu rüsten, um zu gegebener Zeit einen Hauptschlag gegen die Arbeitnehmerverbände führen zu können.

Kollegen! Wenn wir auch zugeben müssen, daß eine Vereinigung unseres Verbandes zu einer großen Bundesorganisation große, unleugbare Vorteile bietet, muß doch auch die Reihenseite der Medaille betrachtet werden, und da müssen wir uns zunächst einmal den Aufbau einer solchen Organisation betrachten. Ich denke mir die Sache ungefähr so: Die seither bestehenden selbständigen Verbände müssen sich zu Sektionen umformen und sich zunächst durch ein Scheideverfahren verstärken, indem sie, wie eingangs erwähnt, in andern Verbänden organisierte Berufscollegen herübernehmen. Für unsern Verband würde dann aber eher eine Schwächung eintreten, da wir bei einer Verbindung mit dem Bauarbeiterverband fast alle in der Industrie beschäftigten Kollegen verlieren würden. Dann muß ein Zentralrat geschaffen werden, in dem die einzelnen Sektionen entsprechend der Mitgliederzahl vertreten sind. Hier ergibt sich gleich ein Hafen. Nach welchem System soll diese Zentralinstanz gewählt werden, ohne daß die schwächeren Sektionen der Gefahr ausgesetzt sind, majorisiert zu werden? Da müssen die Kollegen, die an den Vereinigungsverhandlungen teilnehmen, die Ohren spitzen und die Augen aufmachen, sonst könnten die Nachteile die Vorteile überwiegen. Ich muß auf die drohende Abwanderung unserer in der Industrie beschäftigten Kollegen zurückkommen. Es ist ja eine bekannte leidige Tatsache, daß diese Kollegen schon heutzutage vielfach andern Verbänden beitreten. Bei einer Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband werden sich dann alle sagen: Es ist ja gleich, wo ich organisiert bin. Nein, Kollegen, das kann uns nicht gleichgültig sein. Die Tätigkeit unseres Verbandes erstreckt sich ja nicht nur auf Lohn- und Arbeitsfragen, sondern sie bezweckt viel mehr! Nämlich unser Gewerbe auf den denkbar höchsten Stand wirtschaftlicher, technischer und somit kultureller Entwicklung zu bringen, in der richtigen Erkenntnis, daß nur aus einem ökonomisch hochstehenden Betrieb das höchste für den Arbeiter herausgeholt werden kann. Da können wir nicht ruhig zusehen, wenn uns so viele tüchtige Kräfte verlorengehen. Ich bin kein unbedingter Gegner einer Verbindung mit dem Bauarbeiterverband, aber ich bin auch nur dann dafür zu haben, wenn die Interessen unserer Organisation und unserer Kollegen voll gesichert und gewahrt werden. Wenn hier nicht volle Sicherheit geboten wird, sage ich: Kollegen! Die Hand von der Rutten, sanft schütten! Unser Verband ist musterhaft ausgebaut und war noch nie stärker als jetzt; er ist vollständig in der Lage, die Interessen seiner Mitglieder in jeder Beziehung zu vertreten, nachzulaufen brauchen wir niemand. Noch ein Wort: Es muß natürlich ausgeschlossen sein, daß die Verhandlungen und etwaige Wahlen politisch beeinflusst werden; leider machen sich seit einiger Zeit Bestrebungen geltend, die Gewerkschaften zu politisieren. Gegen diese Mächenschaften kann nicht scharf genug protestiert werden, sonst bekommen wir statt Zentralisation, statt Einigung, todsicher eine Spaltung der Gewerkschaften. Auch hier sage ich, Kollegen, die Hände weg! Dieser Weg führt zur Selbstvernichtung. Zum Schluß will ich nur noch bemerken, daß die ganze Verschmelzungsfrage nach meiner Ansicht weder von unserm Beirat, noch von einer besonderen Verhandlungskommission erledigt werden kann. Nein, Kollegen, diese wichtige Angelegenheit kann und darf nur durch sämtliche organisierte Kollegen durch Abstimmung entschieden werden.

Chr. Würschinger, Ludwigsburg.

Baugewerbliches.

Neubautätigkeit 1920.

Kann der Wohnungsnot im Jahre 1920 durch neue Bauten wirklich wirksam abgeholfen werden? So sicher es ist, daß Neubauten das einzige radikale Hilfsmittel gegen die Wohnungsnot sind, so zweifelhaft ist es, ob man in diesem Jahre wirklich dazu wird greifen können. Das Baukostenzuschußsystem, mit dem man es 1919 ermöglicht hat, daß

eine Anzahl Wohnungen zwar zu den teuren Preisen der Gegenwart erbaut, aber zu den billigen Preisen der Vorkriegszeit, oder doch nicht wesentlich höher, vermietet wurden, ist an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt. Zwar hat die Reichsregierung auch in diesem Jahre Zuschüsse ausgeworfen; aber selbst mit ihrer Hilfe wird es kaum möglich sein, die kleinste Wohnung, wenn sie in normaler Weise gebaut wird, billiger zu vermieten als um 2500 M. Das geht natürlich nicht an. Nun liegt dem Bürger von heute, der immer gewohnt ist, auf den Staat als Helfer zu blicken, natürlich nichts näher als der Schluß: Also müssen die Zuschüsse erhöht werden. Das klingt sehr einfach, ist es aber praktisch unmöglich! Seit Monaten schweben Erwägungen sowohl in der Regierung wie in den Kreisen der privaten Wohnungsfachleute, wie man das Problem lösen könne. Unter anderem hat im Januar eine große Tagung des Deutschen Wohnungsausschusses über „Wohnungsnot und Wohnungsbau“ diese Fragen sehr eingehend behandelt. Der Bericht ist inzwischen durch den Deutschen Wohnungsausschuß in Druck gegeben und kann von seiner Geschäftsstelle, Berlin-Schöneberg, Neue Steinmehlsstraße 4, 2. St., bezogen werden. Zunächst taucht die Frage auf, wieviel Geld für ausreichende Zuschüsse nötig? Man kann da natürlich nur mit Schätzungen kommen. In städtischen Verhältnissen, wo ja die Wohnungsnot am empfindlichsten drückt, müßte man für eine Dreizimmerwohnung, die man zum üblichen Preise vermieten wollte, heute einen verlorenen Zuschuß von, gering gerechnet, 50 000 M. gewähren. Vor dem Kriege wurden im Durchschnitt jährlich 200 000 Wohnungen nötig, wenn kein Mangel eintreten sollte. Heute fehlen viel mehr, und dauern werden noch so viele neue Wohnungen geschlossen, daß der nötige jährliche Zuwachs an Wohnungen, ohne die, die aus den vergangenen Jahren fehlen, kaum geringer angefangen werden kann. Daraus folgt, daß man, nur um die Wohnungsnot nicht größer werden zu lassen, wenn man an den jetzigen Mietpreisen festhält, jährlich Zuschüsse von 10 Milliarden Mark brauchen würde. Woher sollen die Mittel kommen? Durch die Zeitungen ist wiederholt die Nachricht gegangen, daß eine Abgabe auf die Mieten der alten Wohnungen diese Mittel aufbringen solle und daß zu dem Zweck eine Mietsteuer geplant sei. Der Gedanke an sich erscheint nicht ungerecht; denn die Wohnungsnot drückt schließlich jeden einzelnen, und die, die das Glück haben, in einer billigen Wohnung warm zu sitzen, haben alle Ursache, dazu beizutragen, daß den unglücklichen Wohnungslosen geholfen wird.

Die Frage, wie hoch die Wohnungsabgabe für diesen Zweck sein müßte, mag offen bleiben; denn selbst, wenn es gelingen würde, die ungeheure Summe von 10 Milliarden Mark auf diesem Wege aufzubringen, so würde man die nötigen Wohnungen nicht bauen können, weil außer dem Geld auch die Baustoffe fehlen. Wunderselbst kann man ja durch „Ersatz“ schaffen, in Lehmhäusern zum Beispiel wohnt es sich gut und warm; aber alles läßt sich auch nicht ersehen und der Baumöglichkeit sind durch diesen Mangel enge Schranken gesetzt.

Auch damit sind die Schwierigkeiten nicht erschöpft. Heute liegen die Verhältnisse so, daß jemand, der Wohnungen bauen will, um vor Verlust geschützt zu sein, mindestens 90 % der Baukosten als Gehalt ober, um es anders zu nennen, als zinsloses Darlehen erhalten muß, und für 10 %, von denen er, wie üblich, wiederum den größten Teil durch zinsbare Hypothekendarlehen beschafft, Eigentümer des Neubaus wird. Ohne Zweifel schon ein wirtschaftlicher Widersinn. Und dieser Widersinn wird immer ärger. Einseitigen steigen alle Preise für Baustoffe, Ziegel, Zement, Kalk, Holz und die Arbeitslöhne unaufhaltsam weiter ins Uferlose. Die nötige Zuschußsumme wird immer höher, und das ganze Verfahren, abgesehen von den phantastisch hohen Geldmitteln, immer widersinniger. Darum muß der Hebel noch an einer andern Stelle angelegt werden. Entweder es gelingt, den Baupreisen endlich ein Halt zu gebieten, oder die Wohnungsnot wird nicht nur nicht beseitigt, sondern wird immer schlimmer. Viel läßt sich da sicher durch eine andere Baustoffwirtschaft erreichen, viel auch durch „Selbsthilfe“. Wer sich anstrengen will, muß sich bequemen, selbst mit Hand anzulegen. Auch das ist zu beachten, daß die neuen Häuser möglichst da errichtet werden, wo das Bauen billig ist, in ländlichen Verhältnissen.

Die Schwierigkeiten, die sich der Neubautätigkeit von allen Seiten entgegenrücken, sind so ungeheuerlich und so vielfältig, daß die Aussichten, bald einen Ausweg aus der Wohnungsnot zu finden, als recht gering bezeichnet werden müssen. Um so dringender notwendig ist es aber, daß alle Mittel angewandt werden, die Neubauten möglich machen, und daß alle beteiligten Kreise nicht ablassen, die Wege zu suchen und die Grundlagen schaffen zu helfen, deren eine gesunde, neue Bautätigkeit bedarf.

Gewerkchaftliches.

Verbandstage. Der Verband der Fabrikarbeiter beruft seinen 18. ordentlichen Verbandstag auf den 11. Juli dieses Jahres und folgende Tage nach Hannover ein. Der Verband der Bäcker hält am 5. Mai dieses Jahres in Nürnberg seinen 15. (außerordentlichen) Verbandstag ab. Der Verbandstag des Bauarbeiterverbandes findet am 8. Mai in Karlsruhe im kleinen Saal der Festhalle im Stadtpark statt.

Der Zentralverband der Glaser Deutschlands hat durch Beschluß seiner letzten Generalversammlung den Sitz des Hauptvorstandes und die Redaktion der „Glaserzeitung“ nach zwanzigjähriger Tätigkeit von Karlsruhe i. B. nach Leipzig verlegt.

Durch die von der Soldatenkassa vollführte Zerstörung des Leipziger Volkshauses waren die Leipziger Gewerkschaften genötigt, anderweitig Büroräume zu beschaffen, und haben deshalb das Hotel Victoria käuflich erworben, wo nun verschiedene Verbände ihren Einzug halten werden. Die Geschäftsräume des Zentralverbandes der Glaser sowie die Redaktion der „Glaserzeitung“ befinden sich vom 1. Mai an in diesem Gebäude, Gerberstr. 1, 4. Stock, Zimmer 16.

Der Sitz des Verbandsauschusses befindet sich in Hamburg, Vorländerstr. 124, Haus 3.

Beitragsverhöhung im Lederarbeiterverbande. Durch Urabstimmung ist im Lederarbeiterverbande eine Erhöhung der Verbandsbeiträge vorgenommen worden.

Gegen die Besteuerung von Gewerkschaftsvermögen. Wie dem Gewerkschaftsbund mitgeteilt worden ist, sind mehreren Gewerkschaften die bei den Banken hinterlegten Guthaben zur Besteuerung herangezogen worden.

Uch das Körperschaftsteuergesetz vom 30. März 1920 hat im § 2 Absatz 7 eine ähnliche Bestimmung, wonach von der Körperschaftsteuer befreit sind: „Gesellschaftliche oder Wirtschaftsvertretungen sowie wirtschaftliche Verbände ohne öffentlich-rechtlichen Charakter, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist.“

Ebenso bestimmt auch § 8 Absatz 2 c des Kapitalertragssteuergesetzes, daß: „Öffentlich-rechtliche Berufsvertretungen sowie Berufsverbände ohne öffentlich-rechtlichen Charakter, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, von der Steuer befreit sind.“

Die übrigen Steuerbefreiungen kommen nicht in Frage. In einigen Fällen ist bei Ausführung des Umsatzsteuergesetzes eine Veranlagung der Gewerkschaften von Steuerbehörden versucht worden.

Arbeiterversicherung.

Wichtige Neuerungen in der Krankenversicherung. Mit Zustimmung des Reichsrates und des von der Nationalversammlung gewählten Ausschusses für Volkswirtschaft hat die Regierung durch Verordnung vom 1. April, die im „Reichsanzeiger“ vom 5. April veröffentlicht ist, in der Krankenversicherung die Heraushebung des Grundlohnes und die Ausdehnung der Versicherungspflicht beschlossen.

der Kasse entweder den durchschnittlichen Tagesentgelt der Mitglieder oder den mittleren Arbeitsverdienst der einzelnen Versicherten. Die Festsetzung nach dem durchschnittlichen Tagesentgelt bedarf der Zustimmung des Oberversicherungsamtes.

Sozialpolitisches.

Postgebühren vom 6. Mai an.

Table with 2 columns: Description of mail items (Briefe, Postkarten, Drucksachen, etc.) and their respective rates in M and Pfennigs.

Wir machen die Kollegen ausdrücklich auf diese Veränderungen aufmerksam mit der Bitte, genau zu frankieren, da die Hauptverwaltung sonst gezwungen ist, Straporto zu zahlen...

Erfahrungen im Schlichtungsausschuss. Nach Anzeichen der Besserungen zeigt es sich, daß durch die fortschreitende Entwertung des Geldes die sozialen Kämpfe immer mehr neue Nahrung erhalten.

Literarisches.

Gebundene Exemplare der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“, auf besseres Papier gedruckt, sind zum Preise von 7 M. pro Band durch die Expedition, Berlin SO 16, Engelwfer 14/15, zu beziehen.

„Natur und Liebe“. Zeitschrift zur Begründung, Verbreitung und Vertiefung der Religion des Sozialismus. Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann.

„Rosmos“. Handweiser für Naturfreunde. Herausgegeben und verlegt vom Rosmos, Gesellschaft der Naturfreunde.

Vereinstell.

Table listing members of the association with columns for Name, Address, and Date of joining.

Sterbetafel.

Denken. Am 1. April starb der Kollege Oswald Seckert, geboren 17. Juli 1876. In kurzer Reihenfolge starben unsere langjährigen und treuen Kollegen Adolf Krebs, geboren 2. November 1880, Adolf Gabel, geboren 12. Dezember 1879, Konrad Bramersböcker, geboren 9. März 1870, Ludwig Bang, geboren 2. März 1874, Friedrich Bartle, geboren 24. November 1870, Thomas Pühr, geboren 24. Januar 1878, Wilhelm Walthor, geboren 8. November 1866, Johann Seidner, geboren 18. April 1875, Wilhelm Peters (Griesheim), geboren 18. November 1860, Heinrich Scherf (Niederrad), geboren 6. April 1868, Johann Wolf (Oberhöchstadt), geboren 18. August 1868, Heinrich Seidenbach (Eronberg), geboren 2. September 1874, Andreas Fuhr (Selbenbergen), geboren 20. Mai 1874, Wilhelm Krieg (Wilbel), geboren 12. Dezember 1880, Johann Klein (Höchst a. M.), geboren 13. Juni 1868.

Die Woche vom 9. bis 15. Mai 1920 ist die 19. Beitragswoche.

Wagenlackierer. Moderner Spezialfabrikanz mit hundert Vorlagen. F. Haeder, Erbenheim-Biechbaben.

la. Emaille-Heizkörperlack. 1500 kg braun, 500 kg blau, 500 kg grün. Wilhelm Walter, Hamburg, Bartelsstraße 72.

Streichbürsten Pinsel aller Art. H. W. Witte, Berlin S 59, Richestr. 2. Volksfürorge.

Geld verdienen. In schwer für denjenigen, der nicht die richtigen Mittel und Wege weiß, aber leicht für jedermann, ab Beschäftigungsloser, ob im Haupt- oder als Nebenberuf.